S 8 RA 433/03

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Berlin-Brandenburg

Sozialgericht Landessozialgericht Berlin-Brandenburg

Sachgebiet Rentenversicherung

Abteilung !

Kategorie Beschluss

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 8 RA 433/03 Datum 02.10.2003

2. Instanz

Aktenzeichen L 5 RA 110/03 Datum 21.06.2004

3. Instanz

Datum -

Die Berufung des Klägers gegen das Urteil des Sozialgerichts Berlin vom 2. Oktober 2003 wird zurÃ⅓ckgewiesen. Die Beklagte hat dem Kläger auch fÃ⅓r das Berufungsverfahren keine auÃ∏ergerichtlichen Kosten zu erstatten. Die Revision wird nicht zugelassen.

Gründe:

I. Streitig ist, ob die Beklagte als Versorgungstr \tilde{A} ¤ger f \tilde{A} ½r das Zusatzversorgungssystem verpflichtet ist, f \tilde{A} ½r den Kl \tilde{A} ¤ger Beitragszeiten nach dem Anspruchs- und Anwartschafts \tilde{A} ½herf \tilde{A} ½hrungsgesetz (AA \tilde{A} \Box G) und entsprechende Verdienste festzustellen.

Der 1950 geborene KlA¤ger machte 1969 einen Facharbeiterabschluss als Maschinenbauer, arbeitete anschlieA□end als Schlosser und studierte von 1975 bis 1979 Physik-Elektronik. Mit Urkunde vom 18. August 1975 wurde ihm der Grad des Diplom-Physikers verliehen. Vom 1. September 1975 bis Ende 1979 war er als Wartungs-Ingenieur bei dem VEB Kombinat Kin Berlin, anschlieA□end bis zum 30. Juni 1990 als wissenschaftlicher Mitarbeiter bei dem VEB NtA¤tig.

Den Antrag des Kl\(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\) gers vom 13. Juni 2002 auf \(\tilde{A}\)\(\tilde{b}\) berf\(\tilde{A}\)\(\tilde{4}\) hrung von Zusatzversorgungsanwartschaften aus den genannten T\(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\) tigkeiten ab 1. September 1975 lehnte die Beklagte mit Bescheid vom 15. Juli 2002 und Widerspruchsbescheid vom 18. Dezember 2002 ab: Der Antragsteller sei weder am 30. Juni 1990 in der DDR in ein Versorgungssystem einbezogen gewesen noch habe er aufgrund der Sachlage am 30. Juni 1990 im Juli 1991 Anspruch auf eine Versorgungszusage gehabt. Als Diplom-Physiker sei er nicht berechtigt gewesen, den Titel eine Ingenieurs zu f\(\tilde{A}\)\(\frac{1}{4}\)hren, wie das BSG bereits in mehreren Entscheidungen gekl\(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\) rt habe.

Mit seiner hiergegen gerichteten Klage vom 29. Januar 2003 hat der KlĤger im Wesentlichen auf sein Vorbringen im Widerspruchsverfahren verwiesen, wonach er ebenso wie die Ingenieure in seinem Team in der Abteilung Sonderentladungslampen im VEB Neingesetzt worden sei, und damit eine Differenzierung nach Ausbildungsabschlä¼ssen und erworbenen Bildungsgraden ausscheide. Das Sozialgericht hat die Klage mit Urteil vom 2. Oktober 2003 abgewiesen. Der Bescheid vom 15. Juli 2002 in der Fassung des Widerspruchsbescheides vom 18. Dezember 2002 sei rechtmäÃ∏ig. Der Kläger habe gegen die Beklagte keinen Anspruch auf Feststellung einer Zusatzversorgungszeit und der versorgungsspezifischen Daten nach § 8 Abs. 3 Satz 1 in Verbindung mit Abs. 1 und 2 AA̸G, denn das AAÃ∏G gelte gemäÃ∏ § 1 Abs. 1 Satz 1 nur für Ansprüche und Anwartschaften, die aufgrund der ZugehĶrigkeit zu Zusatz- oder Sonderversorgungssystemen im Beitrittsgebiet erworben wordenseien und damit bei Inkrafttreten des AA̸G am 1. August 1991 bereits bestanden hÄxtten. Einen Anspruch auf Versorgung habe der KlÄxger am 1. August 1991 nicht gehabt, da der Versorgungsfall (Alter, InvaliditĤt) zu diesem Zeitpunkt noch nicht eingetreten gewesen sei. Er habe aber auch keine Anwartschaft im Versorgungssystem der technischen Intelligenz zu diesem Zeitpunkt gehabt. Eine Versorgungsanwartschaft im Sinne des § 1 Abs. 1 Satz 1 AAÃ G sei im Falle einer bindend gebliebenen Einbeziehungsentscheidung (der DDR), im Falle einer Rehabilitierungsentscheidung, die die Einbeziehung in ein Versorgungssystem vorsieht, oder aber dann anzunehmen, wenn aus bundesrechtlicher Sicht aufgrund der am 30. Juni 1990 gegebenen Sachlage ein Anspruch auf Erteilung einer Versorgungszusage bestanden hÃxtte, entweder weil die abstrakt generellen Voraussetzungen fA¹/₄r die Einbeziehung nach der Versorgungsordnung und den Durchfļhrungsbestimmungen vorlagen, oder, weil zu Zeiten der DDR ein besonderer Vertrauenstatbestand auf spĤtere Einbeziehung entstanden sei. Da im Falle des KlĤgers weder eine bindend gebliebene Einbeziehungsentscheidung noch eine ihn einbeziehende Rehabilitierungsentscheidung vorliege, komme allein die Einbeziehung aufgrund verfassungskonformer ausdehnender Auslegung des § 1 Abs. 1 AAÃ∏G in Betracht. Die Voraussetzungen hierfļr lĤgen jedoch im Fall des KlĤgers nicht vor, denn er hÃxtte aufgrund der am 30. Juni 1990 gegebenen Sachlage nach der am 1. August 1991 bestehenden bundesrechtlichen Rechtslage keinen "Anspruch auf Versorgungszusage" nach den Regelungen der Versorgungssysteme gehabt. Dies Altersversorgung der technischen Intelligenz in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben vom 17. August 1950 und der dazu ergangenen 2.

Durchführungsbestimmung (2. DB) vom 24. Mai 1951. Der Kläger habe als Diplom-Physiker nicht dem Kreis der obligatorisch Versorgungsberechtigten nach § 1 Abs. 1 Satz 1 der 2. DB angehĶrt. Die Berufsbezeichnung des Diplom-Physikers finde sich in der dortigen AufzĤhlung nicht. Soweit nach § 1 Abs. 1 Satz 2 der 2. DB auf Antrag des Werkdirektors auch Personen mit bestimmten Funktionen und Aufgaben unter weiteren Voraussetzungen durch Einzel-Ermessensentscheidung in das Versorgungssystem einbezogen werden konnten, kA¶nne eine solche Entscheidung im Hinblick auf eine ggf. willkA¼rliche gleichheitswidrige Verwaltungspraxis der DDR als Anknüpfungspunkt nicht in Betracht kommen. Der KlĤger unterfalle als Diplom-Physiker, der als wissenschaftlicher Mitarbeiter beim VEB Nmit ingenieurtechnischen Aufgaben betraut gewesen sei, auch nicht der Verordnung ýber die Altersversorgung der Intelligenz an wissenschaftlichen, künstlerischen, pädagogischen und medizinischen Einrichtungen der DDR vom 12. Juli 1951 (VO-AVI), denn die TĤtigkeit des KlĤgers werde in § 2 der genannten Verordnung nicht genannt. Soweit der Kläger die Auffassung vertrete, es sei mit dem Grundgesetz unvereinbar, dass Personen mit gleichwertiger beruflicher TÄxtigkeit keine "Zeiten der ZugehĶrigkeit zu einem Versorgungssystem" erlangen kA¶nnten, sei darauf hinzuweisen, dass der Einigungsvertragsgesetzgeber nicht gehalten gewesen sei, solche in den einzelnen Versorgungsordnungen mĶglicherweise angelegten Ungleichbehandlungen zu korrigieren; der Gesetzgeber habe vielmehr im Rahmen der Rentenüberleitung an die insoweit vorgefundenen Versorgungsordnungen, wie sie am 2. Oktober 1990 vorgelegen hÃxtten, anknüpfen dürfen.

Gegen das am 24. Januar 2003 zugestellte Urteil richtet sich die Berufung des Klägers vom 23. Dezember 2003, mit der er sich â∏ nur noch â∏ dagegen wendet, dass er als Diplom-Physiker mit einer nachweislich ingenieurtechnischen TÃxtigkeit nicht zur technischen Intelligenz der DDR gehört haben solle. Der Ingenieur sei in der DDR im Wesentlichen als Ã\|berbegriff f\(\tilde{A}^1\/4 r\) qualifizierte technische Berufe genutzt worden. Den Titel Ingenieur gebe es überhaupt nicht, anstelle dessen gebe es den Fachschul-Ingenieur, der ohne Erlangung des Abiturs habe erreicht werden kA¶nnen und in der DDR z.B. mit anderen Fachschulausbildungen gleichgestellt gewesen sei, wie z.B. dem Zahntechniker. Daneben gebe es den Diplom-Ingenieur, der juristisch gleichgestellt sei mit z.B. dem Diplom-Physiker oder Diplom Chemiker, was sich auch bei der Eingruppierung in die entsprechenden Gehaltsgruppen widerspiegele. Dementsprechend habe es in der DDR auch keine Ungleichbehandlung der Diplom-Physiker bei der Altersversorgung der technischen Intelligenz gegeben; die Intelligenzrente sei nie abgelehnt worden mit der Begrýndung, der Antragsteller sei Diplom-Physiker. Die Ungleichbehandlung der Diplom-Physiker sei erst durch die fehlinterpretierte Auffassung des DDR-Gesetzes durch die Einigungsvertragsgesetzgeber geschaffen worden. Im ̸brigen habe er eigentlich Bau-Ingenieur werden wollen, was aufgrund seiner politisch bedingten Vorstrafen abgelehnt worden sei. Das Urteil des Bezirksgerichts Erfurt vom 20. November 1968, wonach er wegen mehrfach begangener staatsfeindlicher Hetze verurteilt worden sei, sei vom Bezirksgericht Erfurt mit Beschluss vom 25. MAxrz 1993 im Rahmen eines Rehabilitierungsverfahrens aufgehoben worden. Ohne die damalige Ablehnung wäre er Bau-Ingenieur geworden, und die Intelligenzrente wäre ihm zuerkannt

worden.

Der Kläger beantragt sinngemäÃ∏,

das Urteil des Sozialgerichts Berlin vom 2. Oktober 2003 sowie den Bescheid der Beklagten vom 15. Juli 2002 in der Fassung des Wider- spruchsbescheides vom 18. Dezember 2002 aufzuheben und die Beklagte zu verpflichten, die Zeit seiner TÄxtigkeit als Diplom-Physiker vom 1. September 1975 bis zum 30. Juni 1990 als Zeit der ZugehĶrigkeit zur Altersversorgung der technischen Intelligenz (Anlage 1 Nr. 1 zum AAÄ∏G) sowie die tatsÄxchlich erzielten Entgelte festzustellen.

Die Beklagte beantragt,

die Berufung zurļckzuweisen.

Sie hält das erstinstanzliche Urteil fÃ⅓r zutreffend. MaÃ∏gebend sei, dass der Kläger zur FÃ⅓hrung des Titels "Ingenieur" am 30. Juni 1990 nicht berechtigt gewesen sei. Dagegen sei nicht von Bedeutung, ob er nach § 1 Abs. 1 Satz 3 der 2. DB zu DDR-Zeiten möglicherweise in den Kreis der Versorgungsberechtigten hätte aufgenommen werden können, denn Regelungen, die eine bewertende oder Ermessensentscheidung in der DDR vorgesehen hätten, seinen kein Bundesrecht geworden, weil die dafÃ⅓r erforderlichen Entscheidungen nur auf der Grundlage des von der SED-Ideologie geprägten Systems hätten getroffen werden können.

II. Das angefochtene Urteil des Sozialgerichts und die angefochtenen Bescheide sind rechtmäÃ∏ig und verletzen den Kläger nicht in seinen Rechten.

Der Klå¤ger hat gegen den beklagten Versorgungstrå¤ger keinen Anspruch darauf, seine Beschå¤ftigungszeit als Wartungs-Ingenieur im Rechenzentrum VEB Kombinat Kvon 1975 bis 1979 und seine Tå¤tigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungszentrum VEB N von 1980 bis zum 30. Juni 1990 als Zeit der Zugehå¶rigkeit zum Versorgungssystem der technischen Intelligenz festzustellen sowie die in diesem Zeitraum erzielten Arbeitsentgelte auszuweisen (§Â§ 1, 5 ff., 8 AAÃ□G).

Der Klå

ger kann mit seinem Feststellungsbegehren schon deshalb keinen Erfolg haben, weil er dem perså

nlichen Anwendungsbereich des AAÄ

nlichen Anwendungsbereich des AAÄ

nlicht unterliegt. Das AAÄ

seitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes im August 1991 keinen Versorgungsanspruch und keine Versorgungsanwartschaft gegen einen Versorgungstr

AAÄ

AAÄ

N.

Dass der Kläger keinen Anspruch auf Versorgung bei Inkrafttreten des AAÃ∏G hatte, ist unstreitig, denn der Versorgungsfall des Alters oder der Invalidität war zu diesem Zeitpunkt noch nicht eingetreten. Der Kläger hatte zu diesem Zeitpunkt aber auch keine Versorgungsanwartschaft. Ihm ist weder eine Versorgungszusage erteilt worden, die nach Bundesrecht als Verwaltungsakt verbindlich sein könnte

(vgl. Art. 19 EV), noch durfte der KlÄger aufgrund besonderer UmstÄgnde auf die Zuerkennung des Versorgungsanspruchs am 1. Juli 1990 vertrauen, falls der Leistungsfall bis zum 30. Juni 1990 eingetreten wäre. SchlieÃ∏lich liegt auch keine Zugehörigkeitszeit gemäÃ∏ § 1 Abs. 1 Satz 1 AAÃ∏G unter dem Gesichtspunkt vor, dass die konkret von dem KlĤger ausgeübte Beschäftigung ihrer Art nach (abstrakt-generell) zu denjenigen gehörte, deretwegen entsprechend der â∏ nach objektiven Auslegungskriterien des Bundesrechts zu verstehenden â∏∏ Versorgungsordnung das Versorgungssystem errichtet worden war. Der KlĤger hat im streitigen Zeitraum nämlich keine Tätigkeit ausgeübt, für die ihrer Art nach eine zusÄxtzlichen Altersversorgung vorgesehen war. Die Voraussetzungen für die in Betracht kommende zusätzliche Altersversorgung der technischen Intelligenz erfļllte der KlĤger nicht, weil er weder aufgrund seiner Qualifikation als Diplom-Physiker noch im Hinblick auf die von ihm geltend gemachten ingenieurtechnischen TĤtigkeiten zu dem von der maÄ∏geblichen Versorgungsordnung abstrakt-generell begünstigen Personenkreis gehörte. Der Senat nimmt insoweit zur Vermeidung von Wiederholungen auf die ausfļhrlichen, an der einschlägigen Rechtsprechung des BSG orientierten und die konkreten Umstände zutreffend würdigenden Ausführungen des Sozialgerichts in den Entscheidungsgründen des angefochtenen Urteils gemäÃ∏ <u>§ 153 Abs. 2 SGG</u> Bezug.

Nur ergänzend ist im Hinblick auf das Vorbringen des KIägers im Berufungsverfahren zu bemerken, dass es nicht darauf ankommt, ob nach dem Sprachgebrauch in der DDR der "Ingenieur" im Wesentlichen als Oberbegriff fýr qualifizierte technische Berufe benutzt worden ist. Ein solcher Sprachgebrauch liegt jedenfalls dem § 1 Abs. 1 Satz 1 der 2. DB nicht zugrunde. Auch reicht die bloÃ \Box e tatsächliche Ausýbung von ingenieurtechnischen Arbeiten nicht aus. Vielmehr muss ein Recht auf Führung des Titels "Ingenieur" bestanden haben. Dies ergibt sich eindeutig aus § 1 Abs. 1 Satz 3 der 2. DB. Zur Führung dieses Titels war der Kläger am 30. Juni 1990 aber nicht berechtigt, denn dies hätte gemäÃ \Box § 1 der Verordnung über die Führung der Berufsbezeichnung "Ingenieur" vom 12. April 1962 (GBI. DDR II S. 278) â \Box neben der qualifizierten Ausbildung â \Box vorausgesetzt, dass das Recht zur Führung des Titels durch einen besonderen Staatsakt verliehen worden ist. Dies ist im vorliegenden Fall nicht ersichtlich und wird von dem Kläger selbst auch nicht behauptet.

Etwa anderes ergibt sich auch nicht daraus, dass Diplom-Ingenieure, -Physiker und -Chemiker nach Angaben des Klägers in die gleichen Gehaltsgruppen eingruppiert waren, denn mit der Regelung zur Entlohnung der Arbeiter und Angestellten in der DDR wurden keine neuen Versorgungsberechtigungen geschaffen, sondern lediglich an die bereits bestehenden gesetzlichen Bestimmungen fýr die Versorgung angeknýpft mit der MaÃ \square gabe, dass die erhöhten Gehälter für den danach begünstigten Personenkreis in die Rentenberechnung einzugehen hatten (vgl. BSG Urteil vom 10. April 2002 â \square B 4 RA 18/01 R â \square in SozR 3-8570 § 1 AAÃ \square G Nr. 8).

SchlieÃ⊡lich führt auch der Hinweis des Klägers auf den Rehabilitierungsbeschluss des Bezirksgerichts Erfurt vom 25. März 1993 zu keinem

anderen Ergebnis. Mit dem genannten Beschluss wurde lediglich das frühere Strafurteil als rechtsstaatswidrig aufgehoben. Dass der Lebensweg des Klägers aufgrund der damaligen Verurteilung einen anderen Verlauf genommen hat, ist eine bedauerliche schicksalsmäÃ∏ige Entwicklung. Hierdurch ist dem Kläger aber nicht von vornherein der Zugang zur Zusatzversorgung der technischen Intelligenz verwehrt gewesen, denn den Titel "Ingenieur" hätte er auch bei dem von ihm tatsächlich eingeschlagenen Berufsweg erlangen können.

Die Kostenentscheidung beruht auf \hat{A} § 193 SGG und folgt dem Ergebnis in der Hauptsache.

 $Gr\tilde{A}\frac{1}{4}$ nde $f\tilde{A}\frac{1}{4}$ r die Zulassung der Revision ($\frac{\hat{A}\S 160 \text{ Abs. 2 Nr. 1 und 2 SGG}}{1}$ liegen nicht vor.

Erstellt am: 18.11.2004

Zuletzt verändert am: 22.12.2024